

# Mindestlohn stoppt Sog nach unten

**Eine gesetzliche Untergrenze kann Lohndumping verhindern. Besonders stark profitieren weibliche Beschäftigte.**

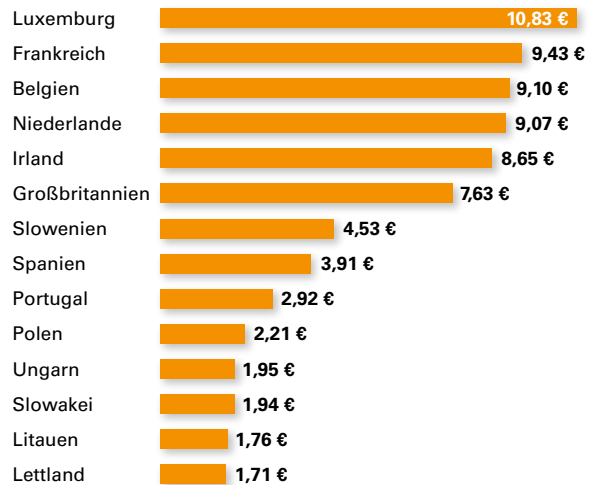
Um die Auswirkungen von Mindestlöhnen auf die Lohnverteilung zu untersuchen, haben Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf die Situation in 14 EU-Staaten verglichen.\* Die meisten Mindestlöhne liegen laut ihrer Analyse unterhalb der Niedriglohnschwelle und haben daher wenig Einfluss auf den Anteil der Geringverdiener. Nur der französische Mindestlohn sei so hoch, dass er einen eigenständigen Beitrag zur Begrenzung des Niedriglohnssektors leiste. In allen Staaten könnten gesetzliche Untergrenzen aber das Ausfransen der Verdienste nach unten verhindern, also die Lohnungleichheit innerhalb des Niedriglohnssektors verringern.

Zudem gebe es Auswirkungen auf die Lohnverteilung zwischen Männern und Frauen, schreiben die Wissenschaftler. Der Grund: Arbeitnehmerinnen seien überproportional von Niedriglöhnen betroffen und profitierten daher besonders stark von gesetzlichen Regelungen gegen Lohndumping. In Großbritannien habe sich der Gender Pay Gap seit der Einführung des nationalen Mindestlohns im Jahr 1999 von 16,1 auf 10,8 Prozent verringert.

Für die Verringerung von Lohnungleichheit insgesamt ist der Studie zufolge vor allem die Tarifpolitik entscheidend: Erst durch Tarifverträge entstehe überhaupt eine „lohnpo-

## Mindestlöhne bis zu 10,83 Euro

Der gesetzliche Mindest-Stundenlohn\* beträgt in ...



\* Stand Juli 2013, Umrechnung in Euro zum Jahresdurchschnitt 2012  
Quelle: WSI-Mindestlohndatenbank 2013, immer aktuell abrufbar unter [www.wsi.de/mindestlohndatenbank](http://www.wsi.de/mindestlohndatenbank) | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

litische Mittelschicht“. Eine hohe Tarifbindung lasse daher den Niedriglohnanteil sinken. Da Frauen oft in Branchen mit niedriger Tarifbindung arbeiten, kämen die Vorteile tendenziell eher Männern zugute. Andererseits hätten die skandinavischen Länder durch eine solidarische Lohnpolitik erfolgreich Gleichstellungspolitik betrieben. ◀

\* Quelle: Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf: Wechselwirkungen zwischen Mindest- und Tariflöhnen, in: WSI-Mitteilungen 6/2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Sparen im Abschwung verschärft Krise

**Wie reagiert die Wirtschaftsentwicklung auf Veränderungen der Finanzpolitik? Das hängt von vielen Faktoren ab. Besonders fatal wirkt einer aktuellen Studie zufolge die Kombination aus Finanzmarkturbulenzen, Bankenkrise und Sparpolitik.**

Die Höhe des so genannten Staatsausgabenmultiplikators ist unter Ökonomen seit Jahrzehnten umstritten. Stößt eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben einen nachhaltigen Wachstumsprozess an oder verpufft sie nach kurzer Zeit? Und wie verhält es sich im umgekehrten Fall, bei Ausgabenkürzungen? Willi und André Semmler, Forscher an der New School for Social Research beziehungsweise Columbia University in New York, haben mit Blick auf die jüngere Entwicklung des Euroraums nach neuen Antworten gesucht.\* Dazu haben sie aktuelle Studien ausgewertet und ein eigenes Modell entwickelt.

Es zeigt sich, dass die Multiplikatorwirkung erheblich von den Umständen des Einzelfalls abhängt. Generell gilt nach den Erkenntnissen der Ökonomen aber: Sparen im Abschwung beeinträchtigt das Bruttoinlandsprodukt besonders stark. Und die Wirkung von Sparprogrammen oder Konjunkturspritzen wird von der Lage auf den Finanzmärkten mitbestimmt. Unternehmen und Haushalte, die Vermögensverluste erlitten oder Schwierigkeiten haben, neue Kredite zu bekom-

men, reduzieren ihre Nachfrage. Ein Teil von ihnen konzentriert sich nun außerdem darauf, Schulden zurückzuzahlen – wodurch wieder anderen Firmen die Einnahmen wegbrechen und die Schulden im Verhältnis zu den Gewinnen steigen. Der „Stress im Finanzsektor“ nimmt auch zu, wenn Staatsanleihen im Besitz von Banken an Wert verlieren und die in Bedrängnis geratenen Geldinstitute weniger Kredite an die Unternehmen vergeben. Diese negativen Verstärkereffekte ließen sich, so die Autoren, nur unter Kontrolle halten, wenn die Zentralbank willens und in der Lage sei, die Marktpreise von Staats- und Unternehmensanleihen zu stabilisieren und die Kreditkosten für beide, den Staatssektor wie den Privatsektor, zu senken.

Ebenso wichtig ist die Geldpolitik laut Semmler und Semmler im Aufschwung: Wenn es gelingt, die Zinsen und Kreditkosten niedrig zu halten, können zusätzliche Staatsausgaben dauerhaftes Wachstum anschieben. ◀

\* Quelle: André und Willi Semmler: The Macroeconomics of the Fiscal Consolidation of the European Union, Juli 2013  
Link zur Studie unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)